

Stephan Tobler
SVP-Fraktion
Rudwies 35
9322 Egnach

46
11
57

EINGANG GR		
15. Juni 2022		
GRG Nr.	20	11 30 338

45
56
57

Interpellation

Vision 2040 – vom Nehmer- zum Geberkanton“

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Sieht der Regierungsrat eine Chance, im Sinne der «Vision 2040» vom Nehmer zum Geberkanton zu mutieren?
2. Welche geeigneten Massnahmen müssten ergriffen werden, um dieses Ziel zu erreichen?
3. Falls dieses Ziel zu utopisch ist, was müsste der Kanton Thurgau unternehmen, um die Reduktion der Abhängigkeit vom NFA, zum Beispiel bis im Jahr 2040 die Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich um 30 bis 50% zu senken?"

Begründung

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat eine Vision 2040 unterbreitet. Diese Grundlage darf nicht in der Schublade verschwinden, sondern soll dazu dienen, den Kanton Thurgau zu stärken und selbstbewusster zu machen. Das will gemäss Vision 2040 grundsätzlich auch die Regierung. Die Voraussetzungen sind nach einigen hervorragenden Jahresabschlüssen, prallvollen Fonds, einem sehr hohen Eigenkapital und einem entsprechenden Nettovermögen, hervorragend.

Es sollen mit den vorhandenen Mitteln keine «Schlösser» gebaut werden. Wir stärken uns für die Zukunft.

Der Grosse Rat sollte darüber orientiert werden, wie das Ressourcenpotential des Kantons Thurgau gestärkt und seine Einteilung im Ressourcenindex des Bundesfinanzausgleichs verbessert werden kann. Weiter soll die Regierung aufzeigen, welche Anstrengungen der Kanton Thurgau zusammen mit den Städten und Gemeinden zur Ansiedlung neuer Unternehmen im Sinne dieser Zielrichtung unternommen hat, und wie er diese kurz- und mittelfristig ausgestalten und verstärken kann.

Eine strukturell bedingte bzw. historisch gewachsene Standortstruktur lassen sich nur sehr bedingt durch einzelne Massnahmen beeinflussen, dies vor allem nicht in kurzer Frist. Von grosser Bedeutung ist neben guten Rahmenbedingungen und einer wirkungsvollen Standortförderung auf jeden Fall eine solide Finanz- und Steuerpolitik. Für die Standort- und Steuerpolitik ist es wichtig, nicht nur die Massnahmen und die Besteuerung im Bereich der juristischen Personen zu betrachten. Aus struktureller Sicht sind gerade für den Kanton Thurgau Massnahmen und Besteuerung im Bereich der natürlichen Personen von entscheidender Bedeutung.

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) will der Bund den Föderalismus beleben und damit das Fundament der Schweiz stärken. Auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips übernimmt der Bund nur dann eine Aufgabe, wenn diese auf der kantonalen Ebene nicht erfüllt werden kann.

So kann sich der Bund vermehrt auf jene Aufgaben von gesamtschweizerischem Interesse konzentrieren (Mobilität/Nationalstrassen, Ernährung/Landwirtschaft, Sicherheit/Armee, Klima/Energie etc.). Damit die Kantone ihre Aufgaben wahrnehmen können, muss die NFA auch ein Ausgleichssystem zwischen ressourcenstarken und ressourcenschwachen Kantonen beinhalten. Übermässige und weitgehende Sonderlasten (Bergkantone, Zentren etc.) sollen abgegolten werden. So hat die NFA das Ziel, Garant für ein solidarisches Finanzausgleichssystem zu sein; sie soll Wettbewerb zwischen den Kantonen zulassen. Innovationen und unterschiedliche Lösungen sollen dadurch im ganzen Land möglich werden.

Der positive Grundgedanke der NFA entkräftet sich jedoch in der Realität dadurch, dass sie weder Geber- noch Nehmerkantone motiviert, ihre Steuerkraft zu verbessern. Geberkantone müssen über die NFA mehr abliefern und die Nehmerkantone laufen Gefahr, weniger zu erhalten. Es entstehen klassische Fehlanreize. Vor allem in Kantonen (z.B. Thurgau), die stark auf die NFA angewiesen sind, entsteht eine Resignation, ein «Nehmercharakter» stellt sich ein, man nimmt die jährlichen Zuflüsse entgegen und ruht sich darauf aus. Klare Instrumente, um diesem Fehlanreiz entgegen zu wirken, fehlen in der NFA. Was für jede Privatperson und jede Unternehmung eine Tugend ist, sollte auch für den Staat eine Selbstverständlichkeit sein. Trotz oder gerade wegen fehlenden Ressourcen oder speziellen Sonderlasten sollte der Thurgau die Herausforderung annehmen, seine Auslagen selbst tragen zu können. Begriffe wie Eigenverantwortung, Mitsprache, Selbstfinanzierung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit müssen im Zentrum stehen.

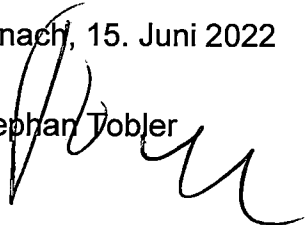
Im Jahr 2021 erhält der Kanton Thurgau 149,2 Mio. Franken Ressourcenausgleich vom Bund und 99,5 Mio. Franken Ressourcenausgleich von Kantonen, 3,5 Mio. Franken Geographisch-topographischer Lastenausgleich und 4,2 Mio. Franken NFA-Abfederungsmassnahmen, total 256 Mio. Franken. Für 2022 sind die Zahlen bereits publiziert und betragen total ca. 239 Mio. Franken. Damit rangiert der Thurgau schweizweit auf dem viertletzten Platz pro Einwohner. Die Zuflüsse aus Bern haben sich seit 2017 um 11 Prozent erhöht und steigen kontinuierlich weiter.

Die NFA ist eine massgebliche Einnahmequelle im Thurgauer Finanzhaushalt. Unser Kanton finanziert so seine Strukturen immer mehr auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone. Für sämtliche Staatsebenen muss der Anreiz bestehen, auf eigenen Beinen zu stehen, d.h. aufgrund der Einnahmen die Aufwendungen für jährlich wiederkehrende und strukturelle Ausgaben aus eigener Kraft zu tragen. In der NFA sind diese Anreize nicht prioritär erkennbar. Dennoch kann und muss unser Kanton anstreben, seinen Haushalt selbst zu finanzieren. Dazu kommt, dass die enorme Umverteilung zwischen den Kantonen die Wirtschaftskraft der Geberkantone mittel- bis langfristig nachhaltig schwächt. Das System droht so zu kippen.

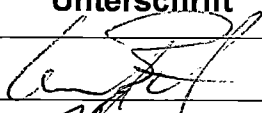
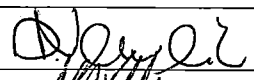
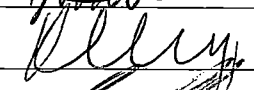
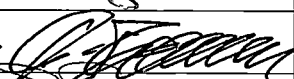
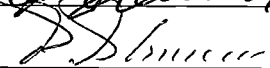
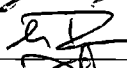
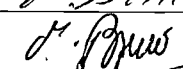
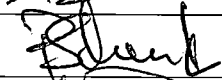
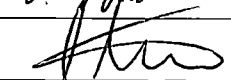
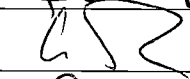
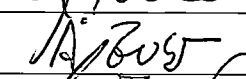
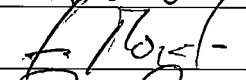
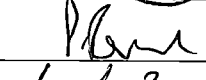
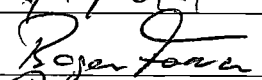
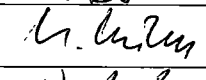
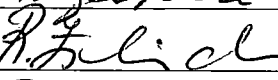
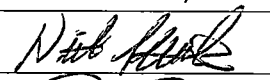
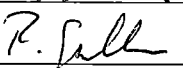
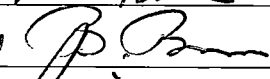
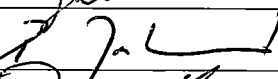
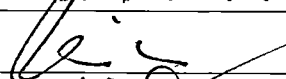
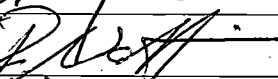
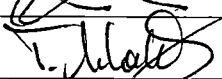
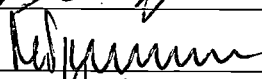
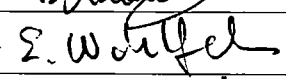
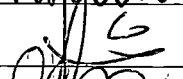
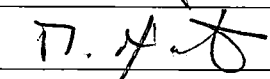
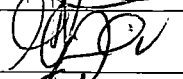
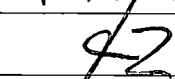
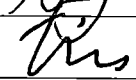
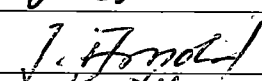
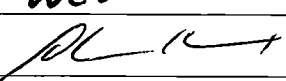
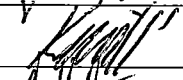
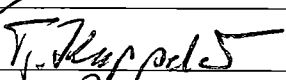
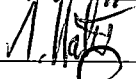
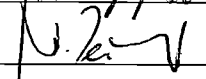
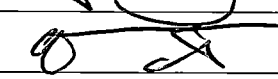
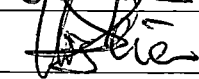
Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.

Egnach, 15. Juni 2022

Stephan Tobler

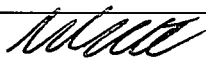
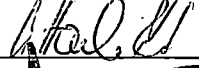
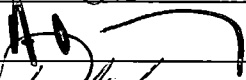
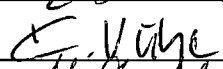
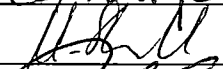
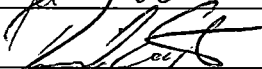
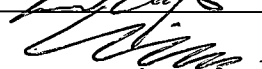
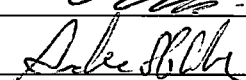


Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Interpellation von Vorname/Name
„Titel“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Brühwiler Konrad		26 Denise Nemele	
2 Koch Paul		27 Heinz Keller	
3 Zbinden Vico		28 Altwegg Isabella	
4 Fürstmann Kurt		29 Eggen Sührie	
5 Thomas Thalmann		30 Wernli 2.	
6 Brunner Max		31 Schenk Peter	
7 Hühnermann Stefan		32 Fisch Ueli	
8 Zuber Andreas		33 Agnuzzi Christina	
9 Möckli Gopi		34 Bendant Danka	
10 Ferrari Roger		35 Müller Markus	
11 Zbinden Ruedi		36 Didi Feuerle	
12 Gubler René		37 Braun Bernhard	
13 Zahnd Robert		38 Meier Felix	
14 Wathay Ralph		39 Schallenberg Tini	
15 Schauen Walrus		40 Wölfender Edith	
16 Lehmann		41 Vafzgo Marko	
17 Zellweger Melanie		42 Markus Birk	
18 Wernli 2.		43 Wernli 2.	
19 Arnold Josef		44 Christoph Woch	
20 Köpfli Walter		45 Kappeler Tomi	
21 Näger Stäbel		46 Zeitner Nicole	
22 Schmid Pascal		47	
23 Oliver Martin		48	
24 Ricklin Judith		49	
25 Schäfer Urs		50	

FDP

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Interpellation von Vorname/Name
„Titel“ Vision 2040 - vom Nehmer - zum gebenden

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
¹ Schläpfer Jörg		26	
² Wenger Andre		27	
³ Herde Loos Conradi		28	
⁴ Opprecht Andre		29	
⁵ Pretari Beat		30	
⁶ Lüscher Bruno		31	
⁷ Vietze Ewald		32	
⁸ Nidecker Strahl		33	
⁹ Eugster Daniel		34	
¹⁰ Vögeli Max		35	
¹¹ Stetzelman A. Dr.		36	
12		37	
13		38	
14		39	
15		40	
16		41	
17		42	
18		43	
19		44	
20		45	
21		46	
22		47	
23		48	
24		49	
25		50	